

## **Wohnungsbau ohne Zerstörung von Naturflächen**

---

Das „Handlungskonzept Wohnen 2030“ sieht vor, dass in vielen Teilen Dinslakens noch intakte Naturflächen dem Wohnungsbau geopfert werden sollen. Als Begründung für diese Naturzerstörung dient der hohe Bedarf an zusätzlichem Wohnraum.

Günther Rinke, Vorsitzender der BUND-Kreisgruppe Wesel sagt dazu: „ Es steht außer Frage, dass es Bedarf an Wohnraum gibt.“ Er kritisiert jedoch, dass dafür die letzten stadtnahen Naturgebiete in Zeiten von Artenschwund, Insektensterben und Klimakrise geopfert werden sollen und begründet seine Position: „Diese derzeit noch vorhandenen Naturflächen tragen in erheblichem Maße zu einem gesünderem und kühlerem Stadtklima bei und sind die letzten stadtnahen Refugien für viele Vogel- und Insektenarten. Zum Beispiel für Grünspecht und Steinkauz.“

Tomás Cabral, ebenfalls aktiv in der BUND-Kreisgruppe Wesel, weist auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Flächen hin, die ebenfalls der Bebauung weichen sollen. „Eine ortsnahe Nahrungsmittelproduktion“, so Cabral, „ist ökologisch sinnvoll, da sie weite Transportwege vermeidet. Zusätzlich wird die Abhängigkeit von Importen verringert.“

Es kann also nicht angehen, dass im Innenstadtbereich große Areale für Supermärkte und deren Parkplätze reserviert werden und dafür im Außenbereich Naturflächen und landwirtschaftliche Flächen zerstört werden. Auf den im innerstädtischen Bereich verschwendeten Flächen könnten ganze Stadtviertel in bester Lage entstehen.

Der BUND fordert die Dinslakener Politiker deshalb auf, neue Wege bei der Bebauungsplanung zu beschreiten. Tomás Cabral erläutert die Forderung: „Bei Neubau von Wohnungen sollte immer die Möglichkeit einer Nachverdichtung geprüft werden; dazu gehören Aufstockungen von vorhandenen Gebäuden, Dachausbau und Tiefgaragen, statt offener Parkplätze sowie die Umnutzung nicht genutzter Büro- und Geschäftsräume (Leerstand).“

Aus Sicht des BUND ist außerdem zu bezweifeln, ob die Bebauungsflächen, die ausgewiesen werden sollen, wirklich alle für bezahlbaren Wohnraum benötigt werden, oder ob nicht vielmehr der derzeitige Immobilienboom die treibende Kraft hinter dieser Naturzerstörung ist.

Neues Bauland im Außenbereich darf nach Meinung des BUND nur ausgewiesen werden, wenn die vorhandenen innenstädtischen Potentiale ernsthaft genutzt werden und alle Informationen zum tatsächlichen Wohnraumbedarf auf dem Tisch liegen. Gleichzeitig muss auch der Bedarf an Grünflächen, Naturflächen und landwirtschaftlichen Flächen ermittelt werden und in ein zukunftsfähiges Flächennutzungskonzept einbezogen werden.

„Werden die Bürger der Stadt Dinslaken in die Diskussion um ein zukunftsweisendes Konzept zur Erstellung neuen Wohnraums einbezogen, kann daraus eine überzeugende, alle Bedürfnisse berücksichtigende Planung werden. Die DINFLEG zeigt gerade z.B. bei der Überplanung des Trabrennbahnareals oder der Nachnutzung des alten Freibadgeländes, dass sie dazu in der Lage ist, solche Planungsprozesse unter Einbezug der Öffentlichkeit zu organisieren,“ so das Fazit von Günther Rinke.

**Kontakt:**

Günther Rinke: 02064-53543

<https://www.bund-wesel.de/>